Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 12

Artikel: Attentate und Demonstrationen in unserem Zeitbild

Autor: Sager, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076543

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

9. Jahrgang Nr. 12 | Erscheint alle zwei Wochen | Bern, 12. Juni 1968

Peter Sager

Attentate und Demonstrationen in unserem Zeitbild

Die Welt ist im Umbruch. Politische Attentate sind zu einer Angelegenheit des Alltags geworden. Revolutionäre Kundgebungen sind es schon längst, im Westen wie im Osten. In Berlin haben Extremisten mit Demonstrationen grossen Stils eine Bewegung eingeleitet, die auf Paris übergriff und in Frankreich in eine Staatskrise ausmündete. Von Spanien bis Schweden erweisen sich solche Demonstrationen als neues politisches Instrument. Aber auch Osteuropa ist davon keineswegs verschont geblieben. Dem Prager Aufstand folgten die blutigen März-Ereignisse in Polen und jetzt in Belgrad. In Nordafrika, Japan und Südamerika gärt es ebenfalls.

Heuer steht der ganzen Welt ein langer, heisser Sommer bevor. Das ist Anlass genug, sich über Sinn und Wesen dieses Umbruchs Gedanken zu machen.

Wir halten im Gegensatz zu so vielen Kommentatoren dafür, dass die Ermordung der Brüder Kennedy und Martin Luther Kings keine «amerikanische Erscheinung» ist. Wir glauben, dass es primitiv, vor allem aber oberflächlich ist, mit dem Finger auf den harten amerikanischen Pioniergeist, auf die Comic strips oder auf den freien Waffenbesitz zu zeigen. Schliesslich wurde auf Rudi Dutschke in Europa geschossen, ist die Schundliteratur bei uns nicht unbekannt, sind wir Schweizer stolz auf das Gewehr im Hause jedes Wehrmannes und haben die revolutionären Demonstrationen ausserhalb Amerikas einen beachtlichen Blutzoll gefordert.

Der Weg in die Industriegesellschaft

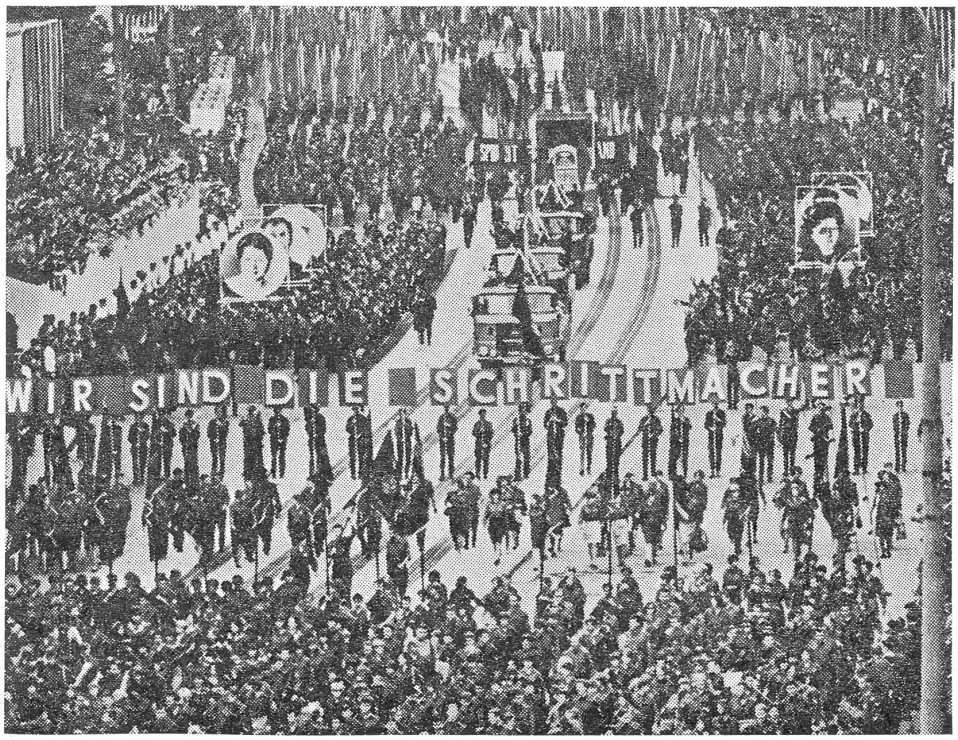
Es ist sicher nicht zu verkennen, dass solche Attentate und Demonstrationen als Zeichen unserer Zeit in dieser unteilbaren Welt eine gemeinsame Ursache haben. Der Umbruch, den wir erleben, ist das Ergebnis der zunehmenden Geschwindigkeit, mit der sich die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen entwickeln. Die letzten 20 Jahre haben mehr Veränderungen gebracht als die vorangehenden 100, die letzten 100 Jahre mehr als die Zeit seit Christi Geburt. Dass dieser Umbruch unumgängliche Probleme aufgibt, liegt auf der Hand: der Weg in die Industriegesellschaft ist für uns gewiss nicht leichter als für die Entwicklungsländer. Im Gegenteil: diese wollen sich einem bekannten Vorbild nähern, während wir in unbekanntes Neuland vorstossen.

Auf diesem Weg entsteht ein Konflikt zwischen den Bewahrern und den Neuerern, ein Konflikt, der tiefer reicht als das längst bekannte Generationenproblem. In der Vergangenheit standen sich Vater und Sohn gegenüber; heute stehen sich wegen der geistig noch kaum bewältigten Entwicklungsgeschwindigkeit Urgrossväter und Urenkel gegenüber. Man bedenke: etwa ein Drittel unserer Bevölkerung ist zu einer Zeit geboren, da keine Haushaltung Radiosendungen empfangen konnte; und knapp ein Drittel der Bevölkerung wurde geboren, seit der erste künstliche Erdsatellit abgeschossen wurde. Es ist begreiflich, dass die heutige und besonders die akademische Jugend nicht mehr weiss, welches Leben ihrer wartet, welchen Platz sie einnehmen wird. Das war vor 20, ja noch vor 10 Jahren anders. In einem grösseren Zusammenhang gesehen ist es daher kein Wunder, dass die Attentäter und revolutionären Demonstranten Jugendliche sind.

Folgen der Demokratisierung

Dieses verschärfte Generationenproblem ist freilich wohl nur ein Auslöser, gewissermassen der Funke an einem Pulverfass. Das Pulver selbst ist von anderer Beschaffung.

Die Aufklärung, die das 18. Jahrhundert beherrschte, sah in der Vernunft das eigentliche



Ironie oder tierischer Ernst: Ist Ostdeutschlands Jugend Schrittmacher der Gleichschaltung oder meldet auch sie einen Führungsanspruch an?

In dieser Nummer

Die März-Demonstrationen der polnischen Studenten 3

Demonstrationen auch in Belgrad 8

Prag — Das Vorbild der Jugend im Osten 10

Wo steht die ungarische Jugend? 10

Kybernetik und dialektischer Materialismus (Schluss) 11

Wesen des Menschen. Waren diesem die rationalen Kräfte angeboren, wie Rousseau meinte, so konnte der Mensch jene Mündigkeit erlangen, von der Kant sprach. In seiner Eigenart wurde doch jedes Individuum als total selbständig und unabhängig begriffen. Wenn das Individuum souverän ist, so ist es auch das Volk. Und es ist das Volk, das herrscht. Volksherrschaft aber ist Demokratie.

Aufgeklärte Eliten haben die Demokratie als Staatsordnung verwirklicht, lange bevor die Menschheit mündig geworden ist. Sie befindet sich erst auf dem Weg dazu. Indessen hat diese Menschheit im 20. Jahrhundert die Rechte des selbständigen und unabhängigen Individuums zu beanspruchen begonnen, ohne sich der Möglichkeit und Pflichten immer schon bewusst zu sein. Der vernünftige, mündige Mensch wird wohl als Recht empfinden, was ihm Pflicht ist, und, um mit Sokrates zu sprechen, seine Wünsche seinen Möglichkeiten anpassen.

Wie gesagt: von diesem vernünftigen und daher gewaltlosen Menschen trennt uns noch eine Strecke Weges. Inzwischen hat sich der Mensch beholfen, so gut es ging: er hat sich den *Anschein* des selbständigen und unabhängigen Individuums gegeben; er hat sich als mündiger Mensch *gebärdet;* er hat sich der Vernunft zu unterstellen *versucht*. Wenn ich vernünftig und mündig, selbständig und unabhängig, kurz: souverän bin; wenn ferner der Staat auf dieser meiner Souveränität beruht; so müssen dieser Staat und diese Welt meiner Meinung und meiner Vorstellung entsprechen, zumal ich als souveränes Wesen ja eine eigene vernünftige Meinung und eine rationale Vorstellung vom Staat und von der Welt habe.

So wurde argumentiert. Als relativer Gestaltungsanspruch, als *Anspruch zur Mitgestaltung* der Staatsordnung, das heisst letztlich als Tendenz und als Ziel, ist dieser Gedankengang richtig. Einen absoluten Gestaltungsanspruch, einen *Anspruch zur Alleingestaltung* der Umwelt verleihen jedoch weder Aufklärung noch Demokratie. Denn ein solcher Anspruch eignet dem Totalitarismus, dessen Staatsordnung die Diktatur ist.

Im Rahmen der Demokratie und mit demokratischen Mitteln lässt sich ein absoluter Gestaltungsanspruch nicht verwirklichen. Wer sich ihm verschreibt, wer sich also der Grenzen der Demokratie nicht inne wird, der masst sich Macht an. Ihm wird die Ohnmacht nicht erspart bleiben.

Dem Individuum hat man allzu lange von seiner Selbständigkeit und Unabhängigkeit als einem Seienden statt einem Seinsollenden gesprochen, als dass es nicht zum total freien und gerechten Staat zu greifen versuchte. Dabei scheitert es. Notwendigerweise. Es scheitert, weil der Mensch irrt und fehlt. Weil er noch nicht mündig ist. Weil er sich noch nicht ganz der Vernunft unterstellt. Dieses Scheitern führt zur Ohnmacht. Und diese Ohnmacht ist die Ursache der Attentate und Demonstrationen.

Folgen der Diktatur

Wir greifen heraus: Hat ein Mensch wie Lenin, Stalin oder Hitler einmal erfolgreich seinen absoluten Gestaltungsanspruch verwirklicht und den totalen Staat in den Griff bekommen, so muss er die Diktatur einrichten. Hierbei wird er zwangsläufig das Mitgestaltungsrecht seiner Mitmenschen aufheben. Er kann dieser Notwendigkeit nicht ausweichen. Denn die Berücksichtigung des Mitgestaltungsrechtes würde seinen Alleingestaltungsanspruch empfindlich einschränken. Er müsste sich zum Kompromiss bereitfinden. Und der Kompromiss ist das Wesen der Demokratie, nicht der Diktatur.

Die Vorenthaltung des Mitgestaltungsrechtes führt wiederum zwangsläufig zur Ohnmacht der Untertanen. Und auch diese Ohnmacht ist Ursache von Attentaten und Demonstrationen.

Machtanmassung und Machtvorenthaltung

Wenn auf diese Weise das Gefühl der Ohnmacht sowohl in der Demokratie wie in der Diktatur für Attentate und Demonstrationen verantwortlich ist, so bedeutet das keineswegs, dass diese Ohnmacht gleiche Ursachen hat.

Ohnmacht ist die Einsicht in fehlende oder unzureichende Macht. Entscheidend ist die Antwort auf die Frage, warum Macht fehlt.

Wir meinen auf Grund der hier angestellten Ueberlegungen, dass das Gefühl der Ohnmacht in der Demokratie aus einer *Machtanmassung* des Individuums entsteht, in der Diktatur aber infolge der *Machtvorenthaltung* durch die Führung.

Daher sind die Ergebnisse der Ohnmacht — Attentate und revolutionäre Demonstrationen — in beiden Fällen anders zu beurteilen.

Der Attentäter und gewaltsame Demonstrant in der Demokratie masst sich aus Ueberschätzung seiner Möglichkeiten das Alleingestaltungsrecht an. Er ist letztlich, bewusst oder unbewusst, ein Totalitarist.

In der Diktatur dagegen verlangt der Attentäter und gewaltsame Demonstrant das vorenthaltene Mitgestaltungsrecht. Soweit er das tut, ist er, wiederum bewusst oder unbewusst, ein Demokrat.

Attentat und Demonstration

Es bleibt die Frage zu untersuchen, wer als Totalitarist *in der Demokratie* ein Attentat begeht oder an revolutionären Demonstrationen teilnimmt.

Der politische Attentäter handelt in der Regel als Individuum, das sich aus seiner Ohnmacht nicht anders befreien zu können glaubt. Als Individuum sollte er auch behandelt werden. Wir lasten den Mord an Präsident Kennedy gewiss nicht der Sowjetunion an, weil Lee Oswald sich in Moskau aufgehalten oder mit dem Kommunismus sympathisiert hat; wir lasten die Ermordung Pfarrer Kings nicht einmal der vermutlichen Verbindung des Mörders zum Ku Kux Klan an; und wir lasten den Mord an Senator Kennedy weder Nasser noch den Arabern an, nur weil Sirhan Araber ist. Das sind letztlich vordergründige Ueberwucherungen, die, mehr als die Gewalttaten selbst, neue Gewalttaten zeugen könnten.

Wir glauben, dass eine vergleichende psychologische und psychiatrische Untersuchung der politischen Attentäter, einschliesslich jenes Mannes, der auf Dutschke schoss, gewisse Uebereinstimmungen sichtbar werden liessen. Wir unterstellen, dass diese Leute aus Machtanmassung und des sich daraus ergebenden Ohnmachtgefühls handelten, und dass sie subjektiv von einer (vielleicht pathologischen) Form des Idealismus erfüllt waren. Wir unterstellen, dass diese Leute auf Grund ihrer Veranlagung und ihres Charakters Einzelgänger waren, die sich keiner Gruppe anzuschliessen vermochten, dass sie vielmehr isoliert inmitten der Masse vereinsamten. Sie waren nicht davon geleitet, was man im herkömmlichen Sinne als persönliches Motiv bezeichnen könnte. Daher wird es übrigens schwierig sein, einen Täter, der nicht in flagranti ertappt wird, finden zu können. Daher auch werden Massnahmen, wie eine Beschränkung des Waffenbesitzes, letztlich unbehelflich bleiben. Das sind bloss symptomatische und keine kausalen Mittel.

Der Anführer einer revolutionären Demonstration wird sich — in dieser Sicht — vom Attentäter beinahe nur dadurch unterscheiden, dass er eine Scheinintegration in eine Gruppe vollzogen hat. Wir betrachten in der Tat seine Zugehörigkeit zur Gruppe als Scheinintegration, weil der einzelne seinen Alleingestaltungsanspruch aufrechterhält und zum Kompromiss unfähig bleibt. Zwei Beweise können angeführt werden. Einerseits ist es bezeichnend, dass die revolutionären Demonstranten eine äusserst heterogene Gruppe bilden, dass sie *kein* echtes Programm auszuarbeiten vermögen. Ein echtes Programm setzte nämlich eine Kompromissbereitschaft voraus. Und die Revolution an und für sich ist kein echter Programminhalt, sondern ein Mittel zum Zweck. Andererseits würde eine homogene Gruppe vom einzelnen die Zustimmung zu einem echten Programm, mithin Kompromissbereitschaft fordern, damit aber zugleich eine grössere oder kleinere politische Wirksamkeit erzielen und so das Gefühl der Ohnmacht überwinden helfen. Die homogene Gruppe wird daher äusserst selten zur gewaltsamen Demonstration Zuflucht nehmen.

Wir verzichten aus Raumgründen, hier den Sonderfall der homogenen und an sich der gewaltsamen Politik verpflichteten kommunistischen Gruppe einzubeziehen; wir verweisen bloss darauf, dass diese Gruppe die offene Gewalt in der Regel und unmittelbar in der Demokratie nicht einsetzt.

Grundsätzlich anders ist die Natur des Attentäters und gewaltsamen Demonstranten *gegen die Diktatur* beschaffen. Er ruft ein naturgesetzliches Widerstandsrecht an, verfolgt objektiv idealistische Ziele und beansprucht kein Alleingestaltungsrecht. Er ist Attentäter in diesem Sinne nur unter den besonderen Bedingungen der Diktatur, sonst aber Mitglied einer Gruppe, die homogen ist, weil die Kompromissbereitschaft nicht fehlt. Graf von Stauffenberg und die Geschwister Scholl etwa sind Beispiele dieser Art.

Natürlich gibt es auch Totalitaristen, die gegen Diktatoren kämpfen, Netschajew etwa und Peter Tkatschow. Und der «Katechismus eines Revolutionärs» ist kein demokratisches Dokument im Kampf gegen die absolutistischen Zaren. Um die Entsprechung zu vervollständigen: es gibt auch nichttotalitaristische Demonstranten gegen die Demokratie, nämlich die Träger des romantischen Ausbruchs aus den Realitäten, die der kommenden Generation vorgegeben sind.

Der Aufstand in Ostdeutschland 1953 und in Ungarn 1956, der Kampf der Schriftsteller in der Sowjetunion, die gewaltsamen Studenten-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Die März-Demonstrationen der polnischen Studenten

Von Laszlo Revesz

Die Demonstrationen der oppositionellen, aber keineswegs antisozialistischen Studenten Polens sind rücksichtslos niedergeschlagen worden. Im Jahr der Menschenrechte. Und in Verletzung der polnischen Rechtsordnung. Seither sind im ganzen Land umfassende Repressalien im Gange.

Die Rechtslage

Art. 20 Abs. 1 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen vom Dezember 1948 verankert einen der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit: «Jeder Mensch hat das Recht auf Versammlungs- und Vereinsfreiheit zu friedlichen Zwecken.» Diesem Artikel der Menschenrechtserklärung entspricht vollumfänglich Art. 71 der polnischen Verfassung: «Die Volksrepublik Polen gewährleistet den Bürgern die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Freiheit der Durchführung von Demonstrationen und Kundgebungen.» Art. 57 der gleichen Verfassung ergänzt und festigt diesen Art. 71: «Die Volksrepublik Polen stärkt und erweitert die Rechte und Freiheiten der Bürger.»

Danach wäre die rechtliche Lage klar und eindeutig. Die polnische Verfassungswirklichkeit scheint allerdings andern Grundsätzen zu folgen. Die sowjetische Verfassung beispielsweise lässt in Art. 125 Kundgebungen und Demonstrationen nur «in Uebereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen» und «zum Zwecke der Festigung des sozialistischen Systems» zu. In der Sowjetunion bestimmt die Parteiführung, welches die Interessen der Werktätigen sind und was das System festigt. Die Reaktionen auf die März-Demonstrationen lassen vermuten, dass in Polen der eigenen Verfassung von 1952 die sowjetische von 1936 vorgezogen wird.

Hüben und drüben

Zunächst ein kurzer Vergleich, der sich aufdrängt und keineswegs mehr überflüssig ist. Heute wird oft behauptet, dass sich die Unterschiede zwischen West- und Osteuropa, zwischen Demokratie und Totalitarismus verwischen. Dass dem keineswegs so ist, beweist die unterschiedliche Behandlung der Studentendemonstrationen hüben und drüben.

In Westdeutschland und Frankreich haben die extremen Studenten ausdrücklich erklärt, dass sie eine neue Gesellschaftsordnung errichten wollen; ihr Ziel sei die Zerstörung des heutigen sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Systems in Westdeutschland und Frankreich. Für solche Absichten werden die Demonstranten in Paris und Berlin nicht bestraft. In Polen (wie in den übrigen kommunistischen Ländern) wäre eine solche Zielsetzung bereits ein Delikt, das zu längeren Freiheitsstrafen führen würde.

Die polnischen Studenten dagegen haben keinen Umsturz angestrebt. Sie bekannten sich zum Sozialismus, sie wollten die polnische Staats- und Sozialordnung beibehalten und lediglich deren totalitäre Auswüchse bekämpfen. Sie blieben im Rahmen der polnischen Verfassung. Sie verstiessen keineswegs gegen die Interessen der Werktätigen. Sie hätten letztlich gar das «sozialistische System» gefestigt.

Hüben in Deutschland und Frankreich sind die revolutionären Demonstranten weitgehend ungeschoren geblieben. Höchstens mussten sie sich für belanglose Delikte, wie Störung der öffentlichen Ordnung, verantworten.

Drüben in Polen dagegen haben die Demonstranten einen hohen Preis dafür zu bezahlen, dass sie Freiheiten der Verfassung beanspruchen.

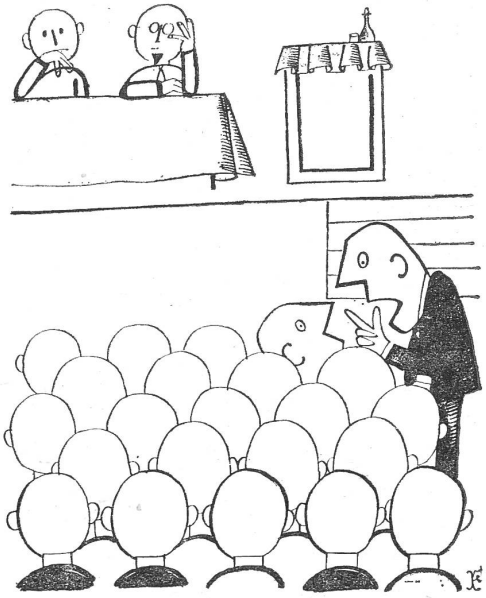
Die studentischen Ziele

Was die Studenten eigentlich wollten, blieb nicht unbekannt: mehr Demokratie im Rahmen der sozialistischen Ordnung und grössere Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Prof. Herbst, Dekan der Historischen Fakultät an der Universität Warschau, stellte klar: Die Partei müsse die an den legalen Versammlungen angenommenen Resolutionen und die Formen der Jugendorganisationen auf der Hochschule sorgfältig prüfen, wobei nicht zu vergessen sei, dass man eine junge Generation vor sich habe, welche die grundlegenden Prinzipien der polnischen Volksrepublik restlos anerkenne» («Polityka», Warschau, 30. 3. 1968).

Einerseits hielten die Studenten die absolute Herrschaft einer Handvoll Leute an der Parteispitze für unvereinbar mit der sozialistischen Demokratie. Anderseits erachteten sie den «sowjetischen Kolonialismus», die «imperialistische Herrschaft Russlands» als Hindernis bei der Errichtung einer sozialistischen Demokratie («Trybuna Ludu», 8. 4. 1968). Auch in Breslau, Lodz, Krakau und andern Städten tauchten die gleichen Losungen auf: «Sowjetunion, Hände weg von Polen!» und «Wir haben den schwedischen Ansturm überlebt, wir werden auch den sowjetischen überleben». Die in den Universitätsstädten verteilten Flugblätter enthielten ebenfalls antisowjetische Aufrufe («Nowe Drogi», Warschau, Nr. 5/1968, S. 18—39).

Die Vorwürfe

Im Mai 1967 beschloss die 8. Plenartagung des Zentralkomitees der Partei ein neues Programm für die bessere ideologische Arbeit und Indoktrinierung. Mehrere Funktionäre, besonders an der Warschauer Universität, protestierten dagegen. Das wurde ihnen zunächst als blosse Abweichung angekreidet. Im März dieses Jahres jedoch, als die Demonstrationen an Umfang und Kraft gewannen, wurden die Studenten bereits scharf angegriffen und mit den traditionellen Sündenböcken der kommunistischen Regimes identifiziert — Unterstellungen, die den Tatsachen keineswegs entsprachen. Während die Lodzer Parteizeitung noch milde feststellte:



«In meiner Selbstkritik werde ich niemanden schonen.» («Szpilki», Warschau.) Die Selbstkritik der leitenden Parteifunktionäre besteht oft darin, die eigene Verantwortung an Fehlern auf andere abzuschieben.

---

demonstrationen in der Tschechoslowakei, in Polen und in Jugoslawien: all deren Träger bekunden jedoch einen demokratischen Geist und setzen sich für das Mitgestaltungsrecht, also für die Demokratie ein, und zwar unter Opfern, die im Westen peinlich selten geworden sind. Havemann, Illyes, Kolakowski, Solschenizin, Mihajlov und Vaculic stehen daher einem ernsten Demokraten sehr nahe; weit entfernt von ihm sind Rudi Dutschke, Cohn-Bendit oder Stokely Carmichael.

Wir können uns im Westen diese Revoluzzer noch leisten. Sie richten vorläufig einen Schaden an, der bei ruhiger Betrachtung keineswegs irreparabel ist. Deprimierend aber ist der Umstand, dass sie Dubceks Liberalisierung gefährden und den polnischen und jugoslawischen Studenten in den Rücken fallen.

Des einen Freud, des andern Leid, mag man einwenden; und wenn die Demokratien aus den Warschauer und Belgrader Demonstrationen Mut schöpften, möge man Moskau und Peking die Genugtuung über die Berliner und Pariser Demonstrationen lassen. Wirklich?

Heute wird die Demokratie selbst in Frage gestellt. Sie kann dem totalen Anspruch auf Freiheit und Gerechtigkeit ebensowenig genügen wie jedes andere politische Ordnungssystem. Dem relativen Anspruch aber genügt sie am besten. Wird der totale Anspruch aufrechterhalten, muss die Demokratie unter der Belastung zusammenbrechen. Ihre Alternative ist die Diktatur.

So sind wir denn im Westen an einem Punkt angelangt, da revolutionäre Demonstrationen und Attentate als Kampfmittel für eine bessere Demokratie einer schlechteren Demokratie den Weg ebnen. Das wäre zu bedenken von den Attentätern und Demonstranten bei uns. Und es ist zu überdenken vom «Establishment», weil es aus all diesen Ueberlegungen keine Rechtfertigung für mangelnde Bereitschaft zu Reform und Erneuerung ableiten kann. ■